

Bezugspreis:
Wirteljähr, 50.— M., monat 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M., einschl. Post-
gebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Westpreußen, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Jugoslawien 20.— M.,
für das übrige Ausland bei halbjähr-
licher Abrechnung 25.— M. Postbe-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tscheco-Slowakei, Dänemark,
Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragene in
die Post-Zustellungs-Verzeichnisse.
Des „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Humoresk“ und der
Beilage „Siedlung und Kriegerzeit“
erscheint wochentags zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegraphisch: „Berliner
Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nutzenpreis:
Die achtspaltige Konparierliste
kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen“
das gesetzdruckte Wort 1,50 M. (un-
abhängig vom gesetzdruckten Wort). Jedes
weiteres Wort 1.— M. Stellenanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeschäften.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Papiergeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Donnerstag, den 31. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Der Karl-Putsch.

Wien, 31. März. (U.) Der Parteivorstand der
deutschösterreichischen Sozialdemokratie erklärt einen Aufruf,
in dem es heißt: Seid wachsam! Seid in jeder Stunde zum
Kampfe bereit. Wenn es die Stunde erfordert, werden wir
Euch rufen.

Die Eisenbahner beschloßen eine Resolution, in der es
heißt: Wenn von irgendeiner Seite gegen unsere demokratische
Republik ein Schlag geführt werden sollte, dann werden die
Eisenbahner in den Kassen jener zu finden sein, welche für
den Bestand der Republik alles zu opfern bereit sind. — In
seinem Schreiben an den Präsidenten des Nationalrats erklärt
der sozialdemokratische Fraktionsvorstand, die Erhebung Karl
Habsburgs auf den ungarischen Thron würde eine feindliche
Handlung gegenüber der deutschösterreichischen Republik sein.
Es sei eine Notwendigkeit, von der Regierung Rechenschaft
dafür zu verlangen, ob die Haltung der österreichischen Be-
hörden bei der Rückkehr des früheren Kaisers nach Ungarn
einwandfrei gewesen sei. Es sei unbedingt notwendig, daß
unter Mitwirkung der Volksovertretung entschieden wird, ob
und unter welchen Umständen die Rückreise Karl Habsburgs
durch Deutschösterreich zugelassen werden kann. Durch die
Ereignisse der letzten Tage sei die Notwendigkeit bewiesen
worden, das Gesetz über die Landesverweisung der Habs-
burger schnellst durch Strafanordnung zu ergänzen. — Dem
Fraktionsvorstand gab Bundeskanzler Dr. Mayr die ge-
wünschten Aufklärungen. Heute wird Dr. Mayr im Anschluß
an sein gleichzeitiges mit den Berichten über die Ergeb-
nisse der Londoner und Pariser Reise die gewünschten er-
hörenden Aufklärungen geben.

Der deutschösterreichische Nationalrat tritt morgen,
Freitag, um 5 Uhr nachmittags, zusammen.

Den Vertretern der slawischen Nachbarstaaten soll Horthy
sagen, daß er bei seiner Haltung gegen Karl bleibe.
Landtag von Seltsamer hat einen Antrag angenommen,
sich gegen die Rückkehr der Habsburger wendet und jede
Zusatz mit ihnen ablehnt.

Am 30. März. „Agenzia Stefani“ verbreitet fol-
gende Mitteilung: Die Rückkehr des Kaisers Karl hat in
österreichischen Kreisen Ueberraschung hervorgerufen. Sein
Wiederkehr könnte für Ungarn, das Frieden und Ruhe braucht,
schlechte Folgen haben. Die Kabinette der Entente tauschen mit-
einander Noten aus, sind aber darin einig, eine Restauration
zu verhindern.

Die Vorgehen der Entente für den Fall eines derartigen
Verlustes ist seit langem festgelegt.

Die Nachrichten aus Budapest lauten hinsichtlich der Haltung
der ungarischen Regierung beruhigend. Immerhin wird auf
österreichischen Erklärungen Horthys gegenüber dem Vertreter
der Pariser Zeitung zugeworfen einer Restauration hinge-
wiesen und betont, der Kaiser hätte nicht gehandelt, wenn
er nicht auf feste Unterstützung gerechnet hätte. Indessen
ist es nicht der, daß die Entente fest entschlossen ist, die Angelegen-
heit wie möglich zu erledigen.

Während sowohl die ungarische Regierung wie die Kabi-
nettsentente verlangen, scheint dieser gar nicht daran zu denken, sein
Spiel so leicht aufzugeben. Nach Wiener Mit-

teilungen sollen die legitimistischen Offiziere planen, mit dem
habsburgtreuen Teile der Armee von Steinmayer aus gegen
Budapest zu ziehen, die Militärdiktatur, die bisher der Terro-
ristenoberst Lehar in Bestungarn ausübt, über ganz Ungarn
auszurufen und Karl gewaltsam auf den Thron zu setzen. Eine
auf Umwegen aus Budapest eingelaufene Meldung besagt, daß
die „Erwachenden Ungarn“ gleichfalls für den Erlaß ein-
treten und stürmisch die Freilassung der verhafteten Legiti-
mistenfürher verlangen. Den Budapestern Zeitungen hat die
Zensur verboten, auch nur ein Wort über diese Vorgänge zu
schreiben. Auch der Telegraphen- und Telefonverkehr nach
dem Auslande wird überwacht. Am Freitag tritt die un-
garische Nationalversammlung zusammen. Man erwartet
heftige Angriffe der Antikarlisten, die zum Sturze des Kabi-
netts Teletz führen dürften.

So sympathisch an sich der Sturz des blutrünstigen
Horthy-Regimes wäre, so wahnwitzig ist aber auch der Plan eines
Karl-Putsches, der den Einmarsch der Tschechoslowaken, Jugos-
lawen und — da Rostau sich schwerlich für Horthy in Maribor
legen wird — auch Rumäniens bedeuten würde. Das wäre
noch nicht das Schlimmste, denn das Ergebnis könnte nur die
Wiedereinsetzung der Demokratie sein. Allein die Karl-Offiziere
würden den Krieg, dessen Ausschichtslosigkeit sie in ihrem
Größenwahn verneinen, aufnehmen und das Schwergewicht,
schon einmal von den Rumänen ausgeraubte Land müßte für
den frechen Streich des schwachsinrigen Habsburgers büßen.

Indessen geben das Bestehen der unbedingt republikani-
schen Nachbarn im Nordwesten und Süden Ungarns und die
Abmachungen des tschechischen Außenministers Dr. Benesch
mit Italien die Gewähr, daß Habsburgs Bäume nicht in den
Himmel wachsen — so sehr man das vielleicht nicht nur in ge-
wissen Pariser, sondern auch Münchener und Berliner Kreisen
wünschen möchte; hier nicht des Karl, sondern der Monarchie
an sich wegen.

Anflärung über Deutschösterreich.

Im Anschluß an den Vortrag des Genossen L. Hartmann
Wien vor den Berliner Gewerkschaftsfunktionären beschloß die Ver-
sammlung, daß die Berliner Gewerkschaftskommission beim Allge-
meinen Deutschen Gewerkschaftsbund anfragen soll, die Arbeiterchaft
in ganz Deutschland durch Vorträge mit der Bedeutung des
deutsch-österreichischen Problems bekanntzumachen.

Aus der Schweiz hinausgestohlen.

Bern, 31. März. (Schweiz. Depeschen-Ag.) Die Nachrichten
von dem Erscheinen Karls in Budapest haben im Bundeshaushalt
Ueberraschung hervorgerufen. Von einer Ausreise war nichts be-
kannt. Es sind auch keine daraus bezüglichen Postangelegenheiten
durch die Hände der Behörden gegangen. Karl und seine Familien-
angehörigen waren im Besitze der üblichen diplomatischen (?) Legiti-
mationskarten. An die Aufenthaltsgenehmigung war die Bedin-
gung geknüpft worden, daß sich der Kaiser und seine Begleitung
jeder politischen Betätigung in der Schweiz enthalten. Er war
nicht, wie z. B. seinerzeit König Konstantin, an die Verpflichtung
gebunden, daß er eine Ausreisefahrt dem Bundesrat anzuzeigen
habe. Ueber die Ausreise schwebt eine Untersuchung. Bezüglich
einer etwaigen Rückkehr und eines weiteren Aufenthaltes in der
Schweiz behält sich der Bundesrat seine Genehmigung vor. Die
österreichische und die ungarische Gesandtschaft haben erklärt, daß
sie keine Ausreisegenehmigung an Karl erteilt haben.

als ein bequemes Mittel zur Beseitigung politisch miß-
liebiger Persönlichkeiten so stark mißbraucht worden
ist, daß selbst Fälle wirklichen Mordversuches kaum noch
Glauben in der Bevölkerung finden werden. Immerhin wird
hier eine bessere Aufklärung als in früheren Fällen möglich sein,
weil ja der verwundete Sitt noch lebt. Wir sprechen den Wunsch
und die Hoffnung aus, daß er am Leben erhalten bleibt. Das
wünschen wir sowohl im rein menschlichen Interesse als auch im
Interesse einer völligen Aufklärung des Tatbestandes.

Selbstfalls fordern wir, daß dem Verwundeten, wenn es sein
Kraftzustand irgendwie gestattet, sofort Gelegenheit zur Aeußerung im
Beisein von Vertrauensmännern seiner Partei gegeben wird. Ehe
ein Urteil über den Fall gesprochen wird, muß jedenfalls die Dar-
stellung aus Sitts eigenem Munde abgehört werden. Da die
Aeußerung in kürzerer Zeit herbeigeführt werden kann, so
sollte sich auch bis dahin die Arbeiterchaft aller besonderen Aktionen
aus Anlaß dieses Falles enthalten.

Unabhängig von der Lage dieses besonderen Falles wiederholen
wir aber die von uns schon oft ausgesprochene Forderung, endlich die
Bestimmungen aufzuheben, wonach das Schließen bei Mordversuchen
ohne weiteres gestattet ist. Man sollte doch endlich einsehen, daß
hierdurch unendlich mehr Schaden gestiftet als Nutzen ge-
wonnen wird.

Sitts Verletzung nicht lebensgefährlich.

Einer der Redaktionschefs einlaufenden Darstellung des W.D.
entnehmen wir, daß die Angel Sitt in den Rücken eindringt.
Sitt wurde sofort vom Kreisarzt untersucht, nach dessen Angaben
die Verletzung zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich
ist, da weder das Herz noch die Lungen getroffen
sind.

Tirol will zum Reich.

(Von unserem Innsbrucker Berichterstatter.)

Die Tiroler Anschlussbewegung hat in Deutschland
lebhafteste Aufmerksamkeit erregt. Wir geben daher die
Ausführungen unseres Innsbrucker Mitarbeiters gern
wieder. Vom deutschen Standpunkt aus ist zu ihnen zu
bemerkten, daß uns von einer Bewegung in Deutschland
für die „Annektion“ Oesterreichs oder Tirols nichts bekannt
ist und daß wir eine solche Bewegung nicht unterstützen,
sondern bekämpfen würden. Das Schicksal Oesterreichs
kann nur durch den Willen des österreichischen
Volkes selbst entschieden werden.

Redaktion des „Vorwärts“.

Einstimmig hat der Tiroler Landtag beschloßen, eine
Volksabstimmung einzuleiten, in der die Bewohner des nun
so verkleinerten und verstämmelten Landes auf die Frage zu
antworten hätten, ob sie den Anschluß an Deutsch-
land wünschen. Wir sind überzeugt, daß die erdrückende
Mehrheit der Bewohner unseres Landes diese Frage mit
einem freudigen Ja beantworten wird. Aber ein einhelliges
Votum ist leider noch keine Entscheidung. Der Friedens-
vertrag von Saint Germain, der Oesterreich verpflichtet,
seine „Selbständigkeit“ zu wahren, und der Ver-
trag von Versailles, der Deutschland verbietet, in seinen
Staatenverband Oesterreich oder Teile davon aufzuneh-
men, besteht noch, und nach dem Volkswort der San-
ktionen ist es wohl unzweifelhaft, daß die Entente willens
wäre, die Einhaltung der Gewaltverträge, die den Willen des
deutschösterreichischen Volkes in Fesseln schlagen, mit brutaler
Machtmitteln zu erzwingen. Der Abstimmung wird also nicht
unvermittelt der Anschluß folgen. Womit sich natürlich die
Abstimmung auf eine bloße Demonstration reduziert. Sicher
gibt es Menschen, welche die Zweckmäßigkeit derartiger
Demonstrationen bezweifeln und sagen: Solange in Frankreich
die Bahnanstellung wirkt, eine Vergrößerung Deutschlands
durch die Gebiete der österreichischen Republik könnte das
Stärkenverhältnis, das durch die Friedensverträge herbeigeführt
worden ist, stören, sei an den Anschluß nicht zu denken, und
so sei es besser, die Hände in den Schoß zu legen und zu warten,
bis die Vernunft wiederkehre. Wir teilen diese Ansicht nicht
und glauben, daß ein Volk sein politisches Ideal nur dann
verwirklichen kann, wenn es stets dafür wirkt und kämpft.
Die Welt muß immer wieder daran erinnert werden, daß die
deutschösterreichische Republik eine Schöpfung der Entente ist,
daß die Deutschen in diesem Staate die Selbständigkeit, die
man ihnen aufzwingen hat, nicht wünschen, sondern als eine
Sklavensessel empfinden. Wir müssen in die Welt schreiben, daß
wir uns durch die aufgezogene Selbständigkeit vergewaltigt
fühlen und fordern, daß uns das natürliche Recht endlich ge-
währt werde, die staatsrechtliche Verbindung mit dem Volke
vollziehen zu dürfen, dem wir angehören, mit dem wir durch
Geschichte, Kultur, Denken und Fühlen verbunden sind. Nur
wenn wir unablässig an der Fessel „Selbständigkeit“ rütteln,
wird sie sich lockern und nur dann können wir sie eines Tages
abstreifen!

Die Abstimmung, die nun Tirol und auch das Land Salz-
burg vornehmen werden, sollte ursprünglich in ganz Oester-
reich stattfinden. Vor ihrer Auslösung hat die konstituierende
Nationalversammlung die Regierung verpflichtet, eine solche
Abstimmung vorzunehmen. Leider nur durch einen einfachen
Beschluß, und das Kabinett Mayr, das stark nach dem
Westen orientiert ist, erklärt sich nicht verpflichtet, den Be-
schluß einer vergangenen Nationalversammlung auszuführen.
Die Parteien finden sich mit dieser Haltung des Kabinetts
stillschweigend ab. Herr Mayr soll nämlich erklärt haben, daß
er eine Erneuerung des Beschlusses auf Durchführung einer
Volksabstimmung mit dem Rücktritt beantworten will, und
jede Partei fürchtet sich vor einem Vorstoß, weil dieser Erfolg
haben und sie also verpflichtet könnte, die Führung des
Staates übernehmen zu müssen. Diese gewiß nicht alltägliche
Erscheinung, daß die Parteien sich vor der Uebnahme der
Macht fürchten, ist nichts anderes als der Ausdruck
der Lebensunfähigkeit dieses Staatswesens. Keine
Partei will die Zügel der Regierung behalten oder ergreifen,
weil sie dann die Verantwortung für das steigende Elend über-
nehmen muß, das in Oesterreich herrscht. So bildete sich der
einfach ungläubliche Zustand heraus, daß in Oesterreich, wo
die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung den Anschluß an
Deutschland will, ein Mann an der Spitze der Regierung
stehen kann, der in geradezu unverfrorener Weise den An-
schluß bekämpft. Herr Mayr hat nämlich nicht bloß die be-
schlossene Abstimmung über den Anschluß im ganzen Land
sabotiert, sondern auch die Vornahme der Abstimmung in
Tirol unterlag. Allerdings hat der Landtag von Tirol das
Verbot glatt in den Papierkorb geworfen. Nach seiner Rück-
kehr von der Bettelfahrt nach London und Paris hat der
Bundeskanzler Mayr die Anschlussbewegung in Tirol nach
allen Regeln ententistischer Verlogenheit öffentlich verkleumdet.
Er erklärte einigen Freunden, die ihn bei der Durchfahrt in
Innsbruck begrüßten, in Paris und London herrsche die Auf-
fassung, daß die Anschlussbewegung in Tirol von

Sitts verwundet.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt:

Der bekannte Berliner Kommunistenführer Sitt wurde heute
morgen um 11 1/2 Uhr, als er von der Vernehmung im Polizei-
präsidium nach dem Polizeigefängnis übergeführt werden sollte und
dabei einen Fluchtversuch unternahm, durch Schüsse von Polizei-
beamten verwundet. Sitt wurde sofort in die Charité übergeführt.
Eine genaue Untersuchung der Angelegenheit ist durch den
Berliner Polizeipräsidenten Richter angeordnet worden. Der Polizei-
präsident nahm Gelegenheit, Mitglieder der kommunistischen
Stadtverordnetenfraktion an Ort und Stelle zu zeigen,
daß es sich tatsächlich um einen Fluchtversuch handelte.
Ein Berliner Mitteilungsblatt bringt in aufsehenerregender Ueber-
sicht die Meldung von der Erschießung des Sitts. Sitt ist
tot. Die leichtfertige Berichterstattung des Blattes ist um so
mehr zu bedauern, als durch sie zwar dem Sensationsbedürfnis eines
gewissen Berliner Volksteils Rechnung getragen, in die Beweise-
rung aber eine höchst überflüssige und schädliche Beunruhigung ge-
bracht wird.

Der Vorfall im Polizeipräsidium ist unter allen Umständen sehr
bedauerlich. Bisher konnten wir mit Genauigkeit konstatieren, daß
bei der Niederwerfung des fluchtenden Exzess der Polizeibeamten so
gut wie gar nicht zu verzweifeln waren. Ob es sich hier um einen
Exzess handelt, oder um eine wenigstens formalrechtlich gerechtfertigte
Handlung, kann erst bei näherer Kenntnis der Umstände endgültig
festgestellt werden. Es ist nicht zu verkennen, daß bei früheren Ge-
legenheiten von gewissen Stellen die „Erschießung auf Fluchtversuch“

Wir erinnern uns nicht, daß Herr Helfferich in bezug auf die Kapazitätsfrage vor einem Jahre ähnliche Worte der Verurteilung gebraucht und ähnliche Forderungen der Befreiung aufgestellt hat. — Helfferich bezeichnete dann als die beste Gewähr für die Staatsautorität die monarchische Staatsverfassung, lehnte es aber ab, die Monarchie auf dem Wege der Gewalt einzuführen, sondern meinte, das Volk werde mit der Zeit einsehen, was es an der Monarchie verloren habe. Dann werde die Zeit gekommen sein, das Kaiserium wieder aufzurichten. — Dies Kaiserium mit dem Comis Helfferich als Bismarck ist wahrlich ein odenbes Ziel! Die Begeisterung wird noch größer sein als beim Singa Karls in Budapest.

Das Uebergangsgeld der Staatsminister.

Die „Deutsche Zeitung“ gefällt sich in einem Angriff gegen die Regierung wegen des Gesetzes über das Uebergangsgeld der Staatsminister. Sie stellt diese Maßnahme so dar, als ob es sich um eine Verfolgung für sozialdemokratische Parteiführer aus der „Staatskrippe“ handle. Für den, der die Vorgeschichte kennt, bahrt sich ein höchst überflüssiger Angriff. Das Gesetz beruht auf einem einmütigen übereinstimmenden Antrag der Parteien des Reichstages von den Sozialdemokraten bis zu den Deutsch-Nationalen. Man ging von der Erwägung aus, daß nach Festsetzung des parlamentarischen Regierungssystems der preussischen Verfassung für alle Parteien gleichmäßig ein Interesse bestünde, der Regierung ihre volle Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit zu wahren, ferner war zu berücksichtigen, daß die Minister nicht mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage etwa am Ministerstuhle zu sitzen genötigt sein dürften, vielmehr jederzeit in der Lage sein müßten, durch ihren Rücktritt die Forderungen aus der politischen Lage zu ziehen, und doch umgekehrt die Minister durch Ersatzung in ihr Amt fast ausnahmslos aus ihrem bisherigen Leben aufnehmen können; schließlich war zu erwägen, daß der neuen Regierung entsprechend auch politische Führer ohne Vermögen wirtschaftlich in den Stand gesetzt werden müßten, dem Rufe des Parlamentes ihrer Aufgabe ihrer bisherigen Stellung Folge zu leisten, und so hätten sich sämtliche Parteien auf den unverändert angenommenen Gehaltentwurf geeinigt. Das Gesetz des reaktionären Blattes ist also ebenso überflüssig wie unsachlich.

Kommunistische Provokationsmethode.

Von einem Vertrauensmann der A.G.O. erfahren wir folgendes: Ein Vertrauensmann der Kommunistischen Partei, der in der A.G.O. Brunnenstraße beschäftigt ist, machte im Betriebsrat folgende Aussage: Am 29. März hatten die Vertrauensleute der A.G.O. abends eine Versammlung. Es wurde darüber beraten, wie man unter allen Umständen das Werk zu Stilllegung bringen könnte und folgender Weg beschlossen: Es sollte zunächst auf die Einberufung einer Betriebsversammlung hingearbeitet werden. Wenn diese den erhofften Streikbeschuß nicht bringen sollte, so sollten Blockversammlungen abgehalten werden. In diesen sollte versucht werden, die Arbeiterschaft so in Aufregung zu bringen, daß irgendwelche Ausschreitungen stattfinden und die Direktion veranlaßt würde, die Schutzpolizei herbeizurufen. Dann sollten kommunistische Wortführer mit großer Erregung auf die Wesenheit von Schutzpolizei hinweisen! Mit dem Argument, daß der Betrieb militärisch besetzt sei, hoffte man, als man die übrige Arbeiterschaft zur Arbeitsniederlegung bewegen zu können. Die richtige Provokationsmethode! Gemeiner und hinterhältiger es nicht mehr.

Die Reparation.

Nach verschiedenen Meldungen haben neutrale Regierungen in den Verhandlungen erhoben, um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland herbeizuführen.

Deutschlands Pensionszahlungen.

Am 31. März. (E.E.) Der Entschädigungsausschuß gibt bekannt, daß die Anhörung der deutschen Abordnung durch den Entschädigungsausschuß hat am 29. März ihren Fortgang genommen. Der Ausschuß hat sich darum, festzustellen, wie die Pensionen berechnet werden sollen, die Deutschland nach § 5 Anhang 1 zu zahlen hat. Die deutsche Abordnung vertritt den Standpunkt, daß die Berechnung der Pensionen nicht jene Gesamtsomme ergeben müsse, die die Alliierten bezahlen müßten, wenn er die französische Abordnung in Anwendung brächte, sondern es soll nur die absolute Höhe dieser Pensionen von Deutschland entrichtet werden. Die für die Summe müssen aber die Altersrenten sowie diejenigen einer in Abzug gebracht werden, die von den betreffenden Kriegsteilnehmern in dem Falle gezahlt werden würden, wenn es keinen Krieg gegeben hätte. Der Entschädigungsausschuß studiert diese Angelegenheit und wird in Kürze darüber seine Entscheidung fällen.

Gegen deutsche Aufbauarbeit.

Am 31. März. (E.E.) In die bereits gemeldeten Erörterungen der „unabhängigen Sozialisten“ Reckow sowie Abg. Crespien gegen die Beschäftigung deutscher Arbeiter auszusprechen. Der „Sozialistische“ Radikale Meunier schloß sich diesem Standpunkt an. Nur der Sozialist Debas erklärte, man dürfe keine Gefühlspolitik betreiben, sondern müsse bei der Lösung des Reparationsproblems kaltes Blut bewahren und die Beteiligung deutscher Arbeiter an dem Wiederaufbau des zerstörten Gebiets ins Auge fassen.

Die Amsterdamer Konferenzen.

Amsterdam, 31. März. (E.E.) Neben den Tagungen der Gewerkschaftsinternationale und der Zweiten Internationale findet hier eine Zusammenkunft der Wiener Arbeitsgemeinschaft statt, gleichzeitige Erörterung der deutschen Reparationsleistung. Der „Sozialist“ (Soz.) betont, daß alle drei Konferenzen den Willen haben, in den Ländern, die den Kriegszustand in Wirklichkeit noch nicht aufgehoben hätten, die Arbeiterschaft zu einer Einheit des Willens und Handelns zu bringen. Das Zusammengehen der internationalen Arbeiterschaft werde nicht nur die anderen politischen Parteien beeinflussen, sondern auch auf die Regierungen einen Druck ausüben, die bisher von einer gerechten und billigen Regelung der Reparationsfrage, wie sie die internationale Arbeiterschaft wünsche, nichts hätten wissen wollen.

Entgegen der Darstellung, als wenn die am 31. März stattfindende Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Einverständnis und sogar gemeinschaftlich mit der Konferenz der

Zweiten Internationale veranstaltet werde, stellt der Internationale Gewerkschaftsbund fest, daß sein Vorstand bereits am 14. März beschlossen hat, seine Konferenz am 31. März und an den folgenden Tagen in Amsterdam abzuhalten, während die Zweite Internationale ihren Kongress in London erst eine gute Woche später gefaßt hat. Der Beschluß des Vorstandes der Zweiten Internationale erfolgte ohne irgendwelche vorherige Einverständnisse mit dem Vorstande des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Beide Konferenzen werden vollkommen unabhängig voneinander abgehalten. Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird außer den Reparationen und den Sanktionen vor allem das Problem des Wiederaufbaues in Ostfrankreich und Belgien behandeln. Den verschiedenen Landesorganisationen war aufgetragen worden, einen Hochmann aus dem Baugewerbe als Sachverständigen zu delegieren. Aus Deutschland kommen Bissell, Grafmann, Paepow, Hux und Hufmann; Frankreich ist durch Jouhaux, Dumoulin, Meris und Barthul vertreten; Belgien durch De Flaming, Grignon, Lombart, Mertens und Solau. Von England ist bisher Thomas, aus dem Ruhrgebiet, wo er eine Vorbereitungsmitting mit den Führern deutscher Gewerkschaften hatte, angekommen.

Kein tschechischer Einmarsch!

Der „Frankfurter Kurier“ in Nürnberg und andere nationalsozialistische Blätter in den Grenzgebieten gegen die Tschechoslowakei beunruhigen ihre Leser mit fortgesetzten Meldungen über Vorbereitungen für eine Beteiligung tschechoslowakischer Militärs an den Strafmaßnahmen der Entente gegen Deutschland. Wir haben bereits vor Wochen unserer Uebersetzung Ausdruck gegeben, daß die verantwortlichen Führer des tschechischen Volkes an derlei gar nicht denken. Da nun aber vom „Frankfurter Kurier“ die Ausführungen eines militärischen Mitarbeiters der Prager „Tribuna“ zum Zwecke der Hege gewissenlos in ihr Gegenteil verdreht werden, wollen wir doch mitteilen, wie — ganz abgesehen von der Politik — auch rein militärisch die Frage eines derartigen Eingreifens in der Tschechoslowakei beurteilt wird.

Unter dem Titel „Mit der Entente gegen Deutschland?“ wird der „Tribuna“ aus militärischen Kreisen geschrieben, daß man zum Zwecke einer solchen Aktion in Bayern und Sachsen einrücken müßte, daß man aber selbstverständlich auch die Donau überqueren und die Uebergänge von Passau, Regensburg usw. militärisch besetzen müßte. In Sachsen müßten Dresden, Chemnitz und Leipzig besetzt werden, man würde eine Okkupationsarmee unterhalten müssen, und zu einer militärischen Besetzung der etwa 1100 Kilometer langen Grenzen des Staates gegen Deutschland und Deutschösterreich sei die tschechoslowakische Armee gegenwärtig gar nicht imstande. Sie habe zurzeit nicht einmal ihre normalen 150 000 Mann, das Militär sei nicht genügend ausgerüstet, man müßte also fünf Jahrgänge einberufen und die Armee mobilisieren, was monatlich eine halbe Million kosten würde. Und das alles jetzt mitten in der Frühjahrsbestellung und angesichts der ganzen wirtschaftlichen Situation der Tschechoslowakei, die übrigens genügend dadurch gekennzeichnet ist, daß die Krone in ihrer Kursbewegung der Reichsmark peinlich genau folgt. „Was das zu bedeuten hätte, wird sich jeder besonnene Bürger der Republik zurechtlegen.“

Der Artikel des Prager Blattes schließt: „Wir können nicht glauben, daß bei uns ernstlich jemand an die Teilnahme unserer Armeen an den militärischen Operationen der Entente gegen Deutschland denkt. Alle Kombinationen in dieser Richtung müssen wir betrachten als eine tendenziöse Beunruhigung des öffentlichen Lebens und als unzulässige Versuche, die Bewohner von ihrer Friedensarbeit abzulenken.“

Diese Ausführungen sind deutlich genug, um jenen Hege-ereien den Boden zu entziehen.

Groß-Berlin

Der Arbeiter-Wassersport-Verbandstag.

In den letzten Tagen des März fand in Jena der ordentliche Verbandstag des Arbeiter-Wassersportverbandes, der von 65 Delegierten besucht war, statt. Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege vertrat Bildung-Weipzig.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes erstatteten Menschel-Berlin und Jopmeisel-Berlin. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 16 585 im Jahre 1919 auf 31 605 Ende 1920.

Der Bericht der Redaktion erstattete ebenfalls Jopmeisel-Berlin. Er schilderte den weiteren Ausbau des „Freien Wassersports“ und betonte besonders, daß es nicht mehr möglich sei, das Blatt obligatorisch auch weiterhin kostenlos zu liefern.

Für die Technische Kommission berichtete Buschmann-Berlin, der darauf hinwies, daß das Rettungsschwimmen noch mehr als bisher im Arbeiter-Wassersportverband gepflegt werden müsse. Man müsse zu einheitlichen Schwimmordnungen kommen, nur so sei es möglich, den Wassersport vollständig auszugestalten. Die Diskussion zu den Berichten war sehr lebhaft. Es wurde besonders scharf Stellung gegen die Diplomfrage genommen. Der Bericht des Verbandschwimmwarts wurde sehr scharf kritisiert.

Von den sehr zahlreich vorliegenden Anträgen wurde einer von Düsseldorf angenommen, der den Verbandsvorstand beauftragt, bei den Regierungsstellen zu beantragen, daß die Kohlenlieferungen an Badeanstalten

direkt von der Reichskohlenstelle erfolgen. Der Vorstand wurde ferner ersucht, bei den zuständigen Behörden Schritte zu unternehmen, daß der Schwimmunterricht an allen Schulen obligatorisch eingeführt wird.

Nach der Begründung der Notwendigkeit der Anstellung eines Geschäftsführers durch Jopmeisel-Berlin wurde diese einstimmig beschlossen.

Einen Bericht von der Zentralkommission für Sport und Körperpflege gab hierauf Bildung-Weipzig. Er schilderte eingehend die Tätigkeit der Zentralkommission, die sehr erfolgreich für die einzelnen Sportorganisationen wirke. Deren Hauptzweck sei, die Verbindung der verschiedenen Organisationen untereinander und gemeinsame Interessenvertretung bei den Behörden. Der breiten Masse der Bevölkerung müsse man zeigen, daß die Arbeiterportvereine Sport treiben im Interesse der Volksgesundheit und daß sie sporadisch auf der Höhe der bürgerlichen Verbände stehen. Sie wollten keine Vereinsmeierei, sondern verfolgten höhere Ideale; sie wollten Staatsdiener an Wiederaufbau der Volksgesundheit sein. Wir wollen als Arbeiter eine wahre, menschliche Kultur, die nur durch den Sozialismus zu erreichen ist. Wir streben nach dem hohen und echten Kulturgedanken, der nur der Allgemeinheit dient. (Beifall.)

Ueber die Ruberfrage im Arbeiter-Wassersportverband sprach Wiedmann-Frankfurt a. M. Er trat dafür ein, daß man die Ruberei innerhalb des A.G.O. selbständig mache. Es wurde zu dieser

Frage einstimmig ein Antrag angenommen, nachdem der Verbandstag beschloß, die Ruberangelegenheiten von der Schwimmerei zu trennen und selbständig im A.G.O. zu organisieren. Die Rubergruppe regelt ihre Beitragsfrage selbst und ist verpflichtet, eine Kopfsteuer zur Deckung der Verwaltungsausgaben zu entrichten.

Zur Frage der Verschmelzung mit dem Arbeiterturnclub nahm der Verbandstag mit 80 gegen 35 Stimmen eine Entschlieung an, die besagt: „Der Verbandstag stimmt der Verschmelzung mit dem Arbeiterturn- und Sportclub zu. Die beiden Verwaltungsstellen werden beauftragt, eine Vorlage mit den Anschlußbedingungen auszuarbeiten und diese in den Vereinen zur Diskussion zu stellen. Ueber den Anschluß hat eine Urabstimmung stattzufinden, die bis 1. Oktober 1921 erfolgt sein muß.“

Der Verbandstag nahm dann noch Statutenänderungen vor. Der monatliche Beitrag wurde auf 50 Pf. und die Delegiertensteuer auf 1 M. festgesetzt. Mit der Aufstellung einer neuen Schwimmordnung, verschiedener anderen technischen Fragen und einer neuen Kreiseinteilung waren die wichtigsten Beratungspunkte erledigt.

Als 1. Vorsitzender wurde Sanzen-Berlin, als zweiter Förster-Berlin gewählt. Der nächste Verbandstag findet in Kassel statt.

Wenn Wilhelm wiederkäme.

Der preußisch-deutsche Militarismus ist in der ganzen Welt verhaßt gewesen. Ueber unserem Lande lag die Luft des Kolonnenhofes; der Unteroffizierstern beherrschte zu einem guten Teile das öffentliche Leben. Aber auch heute ist er noch nicht gänzlich verschwunden. Steht da ein altes Mütterlein an einem Tische vor einem der wenigen Schalter, die nicht geschlossen sind und will Geld einzahlen. Der Beamte nimmt die Anweisung nicht an: „Kleben Sie erst Marken drauf“, sagt er kurz und fügt womöglich noch barsch hinzu: „Können Sie nicht lesen, daß Sie die Anweisung zu frankieren haben?“ Bums, schlägt das Schieberfenster zu. Die alte Frau steht hilflos da, sie weiß nicht recht, was sie machen soll. Da steigt das Fenster wieder auf und im Kolonnenhofen schallt's durch den Raum: „haben Sie nicht verstanden, Sie sollen erst Marken aufkleben, dann können Sie wiederkommen.“ Man wird aufmerksam, man hilft der alten Frau und schimpft. Ein Herr erklärt: „Der Beamte hat ja an sich recht, aber er könnte ruhig höflicher sein, Gott sei Dank, daß man nicht überall so behandelt wird!“ Aus einer Ecke aber tönt's: „Wat meint ihr wohl, wenn Wilhelm wiederkäme?“

Landarbeiterparadies Mehrow.

Vor den Toren Berlins liegt das Rittergut Mehrow. In den deutschen Blättern ist es häufig lobend erwähnt worden, denn die Gutsoberverwaltung ist bekannt für ihr schneidiges Vorgehen gegen die im Landarbeiterverband organisierte Arbeiterschaft. Uns wird nun wieder ein neuer Fall mitgeteilt, der ein grelles Schlaglicht auf die Behandlung wirft, die den Arbeitern in diesem Landarbeiterparadies zuteil wird. Der Maurer Martwich, der vor einiger Zeit einen Zusammenstoß mit dem Landjäger Beyer aus Ahrensfelde hatte, weil er diesem das Betreten seiner Wohnung aus ganz bestimmten Gründen verweigerte, kam mit einem Schreiben des Amtsvorstehers Buchholz aus Ahrensfelde auf das Bureau des Gutsoberwalters Bothe, um die ihm zustehende Arbeitslosenunterstützung in Empfang zu nehmen. Er wurde jedoch von dem unseren in der Landtagation tätigen Genossen sehr wohl bekanntem Rechnungsführer Preuß mit Faustschlägen traktiert und hinausgeworfen.

Herr Preuß, der sich eine Zeitlang sehr arbeiterfreundlich gab, ist heute eine Säule der antimilitärischen und sozialistenfeindlichen Hege im Kreise Niederbarnim und einer der grimmigsten Bekämpfer des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Die himmelschreienden Zustände auf dem Gut Mehrow sind in öffentlichen Versammlungen oft genug behandelt worden, und an unseren Genossen wird es liegen, auch in diese reaktionäre Festung endlich Bresche zu legen.

Im Hotel erschossen hat sich gestern nachmittags der 29 Jahre alte Beamte Arthur Beyer aus der Wilhelmstraße 3. Beyer war in einem Hotel in der Nähe seiner Wohnung abgestiegen und hatte sich kurz nach Beziehen seines Zimmers durch einen Schuß in den Kopf getötet. Als er aufgefunden wurde, war er bereits tot. Was ihn zum Selbstmord veranlaßt hat, steht noch nicht fest. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein Akt der Dankbarkeit. Seit geraumer Zeit erhalten wir Zuschriften, in denen uns Mitteilung gemacht wird, daß Tuberkuloseerkrankte infolge der Prof. Friedmann'schen Heilmethode von ihrem Leiden geheilt worden seien. Und vor einigen Tagen erschien ein in der Berliner Parteibewegung bekannter alter Genosse auf unserer Redaktion, der — selbst im Besitz zahlreicher Anerkennungs-schreiben für die Friedmann'sche Heilmethode — versicherte, daß er der letzteren die Erhaltung und völlige Wiederherstellung seines von der Knochen-tuberkulose erkrankten rechten Armes verdanke. Das einzige Verlangen all der Gläubigen vereinigt sich in dem Wunsch, daß der „Vorwärts“ von ihrer Wiedererfindung durch die Prof. Friedmann'sche Heilmethode einmal kurz Mitteilung machen möge, damit der Mann, dessen Methode die stärkste Anfeindung in medizinischen Kreisen erfahren habe, wenigstens auf diesem Wege einmal eine bescheidene Anerkennung erhalte. Wir kommen hiermit dem Wunsche vieler unserer Leser nach, ohne uns in den zwischen den Medizinern herrschenden Streit über das Prof. Friedmann'sche Heilmittel einzulassen.

Die Auslandshilfe. Der Arbeitsausschuß des Deutschen Zentralschiffes für die Auslandshilfe hatte in seiner letzten Sitzung wieder über die Verteilung einer Flanell- und Kleiderpende zu bestimmen, deren Wert sich auf mehrere Millionen Mark beläuft. Die Sendung stammt zum Teil aus Restbeständen des amerikanischen Roten Kreuzes aus der Kriegszeit, zum Teil aus Schenkungen von Privatpersonen, die dem Vereinigten Arbeitskomitee der amerikanischen und englischen Quäker überwiesen worden sind. Diese haben ihrerseits den Arbeitsausschuß des Deutschen Zentralschiffes für die Auslandshilfe, dem sie angehören, mit der Verteilung betraut. Es handelt sich im ganzen um 141 Kisten und Ballen Flanell (zu rund 1000 Metern) und 68 Kisten und Ballen Kleider.

Außer dieser Kleidungs-pende konnte der Arbeitsausschuß auch noch über eine große Lebensmittelpende des Central Committee voor Nederland und 69 Waggons grüne Bohnen der holländischen Ambulanz verfügen.

Königliche Klinik. Noch immer „königlich“ ist das Klinikum in der Fieselerstraße. So zeigt die Inschrift an der Lampe über dem Haupteingang immer noch das Wort „königlich“ an, und an den beiden Emaille-schildern links und rechts an den Wänden des Hauptportals steht gleichfalls: „Königl. Klinik“. I. Königl. Universitätsklinik. II. Königl. Eugen-Klinik. Wir haben das zweite Jahresfest der Entfaltung der Republik überschritten und doch immer gibt es „königliche“ Anstalten, die Eigentum des Staates sind.

Der Namen des Verfassers des Artikels in der heutigen Morgenausgabe: „Die städtischen Werke“, enthält einen Druckfehler. Der Verfasser ist Dr. Ing. W. Rojczyk, Charlottenburg.

Die Richtenberger Jugendbühne (Poststr. 7-9) veranstaltet in der Woche vom 1. bis 7. April abends 7½ Uhr Theaterabende, an denen ein Schwan von Herrn Rojczyk „Zum Einleichen“ und der Schwan aus Alt-Berlin „Schwan und Kaiser unter den Zulu'stern“ gespielt werden. — In den Nachmittags- und Abendveranstaltungen geht der Wagnersänger „Der kleine Huch“ über die Zeitman. — Eintrittspreise: Abende 2,00 M., nachmittags für Kinder 1,00 M., für Erwachsene 1 M.

Gewerkschaftsbewegung

Generalstreik der englischen Grubenarbeiter.

Der Hauptvorstand der Arbeiterkonföderation teilte dem Arbeitsminister Horne mit, daß beschlossen worden sei, Freitag alle Arbeiter aus den Steinkohlengruben zurückzuziehen, einschließlich der Pochstiften und der Pumpenarbeiter. Beim vorigen Generalstreik waren die Arbeiter, die bei den Grubenpumpen beschäftigt waren, an der Arbeit gelassen worden.

Kampf in der böhmischen Metallindustrie.

Im deutschen Gebiet der Tschekoslowakei wird zurzeit ein schwerer Kampf zwischen den Arbeitern und den Unternehmern der Metallindustrie ausgefochten. Aus kleinen Ursachen heraus hat er sich zu einem gewaltigen Ringen zwischen Kapital und Arbeit entwickelt, das nicht ohne Folgen für die nicht direkt am Kampfe beteiligte Arbeitererschaft bleiben wird. Beide Kampfgruppen haben alle ihre Kräfte eingesetzt. Die Unternehmer, um die Ertragschancen der Arbeiter seit dem Zusammenbruch zu zerlegen, und die Arbeiter, um u. a. folgende Forderungen durchzusetzen:

1. Stabilisierung der Löhne, Erneuerung der Verträge zu den jetzt bestehenden Löhnen auf eine längere Zeit, womöglich 6 Monate.
2. Der neue Kollektivvertrag (prinzipielle Vereinbarungen) muß auf Grund der bereits gepflogenen Verhandlungen bis 31. März neu abgeschlossen sein.
3. An Stelle der Lohnforderungen wird eine einmalige Zuwendung verlangt, über deren Höhe und Art die Unternehmervereine Gegenentschlüsse machen sollen.
4. Es ist durch eine Kommission festzustellen, welche Firmen außerstande sind, eine solche Zuwendung zu machen, und sollen diejenigen, bei denen dies zutrifft, von dieser Verpflichtung ausgeschlossen werden.

Wir vertrauen auf die Kraft der kämpfenden Arbeiterschaft und hoffen, daß die Absicht der Unternehmer, die Arbeiter wieder in das alte Abhängigkeitsverhältnismäßig wie vor dem Kriege zu bringen, an der Geschlossenheit der Kämpfenden zerschellt.

SPD-Funktionäre der Metallindustrie!

Morgen abend 7 Uhr finden Gruppen-Konferenzen sämtlicher SPD-Funktionäre (Vertrauensleute, Betriebsräte und Delegierte der Generalversammlung) statt. Tagesordnung: 1. Die Ereignisse der letzten Zeit und die uns daraus erwachsenden Aufgaben. 2. Diskussion. — Die Lokale der einzelnen Gruppen sind:

- Gruppe I (Werkzeug- und Werkzeugmaschinenbau usw.): Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.
- Gruppe II (Allgemeiner Maschinenbau usw.): Sacke, Lindower Straße 20.
- Gruppe III (Automobil-, Flugzeug-, Fahrradindustrie usw.): Vereinshaus Einigkeit, Neue Jakobstr. 1.
- Gruppe IV (Mechanik, Feinmechanik usw.): Schirm, Charlottenstr. 8.
- Gruppe V (Elektroindustrie usw.): Schulz, Elisabethstr. 50 (gegenüber Alexander-Bassage).
- Gruppe VI (Edel- und Unedelmetallwarenherstellung usw.): Wolfshäger, Adalbertstr. 21.
- Gruppe VII (Eisenkonstruktion, Bauhilfsstoffe usw.): Vereinshaus Einigkeit, Neue Jakobstr. 1.
- Gruppe VIII (Rohmetallverarbeitung, Formerei usw.): Wolfshäger, Adalbertstr. 21.
- Gruppe IX (Kleinfertigung, Bohrerei und sanitäre Anlage usw.): Reichberger Hof, Reichberger Str. 147.

Zu dieser Aussprache ist das reiflose Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig. Der Fraktionsvorstand.

Metallarbeiterdelegierte! Die zu der ordentlichen Generalversammlung am 18. April gestellten Anträge sind gedruckt bei der Verwaltung zu haben. Die Leiter der Wahlkörper-Sammlungen werden ersucht, dieselben in der Woche vom 4. bis 10. April während der Bureauzeit beim Kollegen Behrend im Zimmer 8 abzuholen. Montag und Dienstag ist das Bureau zu diesem Zweck von 7 Uhr geöffnet.

Aus der technischen Angestellten und Beamten. Freitag Mitgliederversammlung: Rautenb., Bürgerstr. 147, 7 1/2 Uhr. — Otten II, Logen-Rauman, Rindow-Brommstraße 2, 7 1/2 Uhr. — Oberkühnweide, Ark. Hubertus, Edison, Ede-Mo-Straße, 7 1/2 Uhr. — Zentrum-Süd, Alexanderstr. 57, 7 1/2 Uhr. — Dörsam, Ros. 3, Mühlentor, Rudolfsburger Straße, 7 1/2 Uhr. — Schöneberg, Ederhof, Ederstr. 68, 7 1/2 Uhr. — Glöckl, Grünauer Garten, Grünauer Straße 4, 7 1/2 Uhr. — Tempelhof, Rohn-Richtstr. 1, Berliner Straße, 7 1/2 Uhr. — Weißensee, Spatenhof, Berliner Straße 22, 7 1/2 Uhr.

11. Nachtrag zu den Satzungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee

§ 20 Abs. 3 L. Abs. 2, erhält folgende Fassung: Krankentage in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Arbeitstag, 1/2 für jeden Sonn- und Feiertag, wenn die Krankheit bei der Arbeit unfähig macht; es wird vom zweiten Krankentage, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts ab gemehrt. § 22 Abs. 1 soll lauten: Wird Krankentage eines Versicherten gemehrt, der vorher von seinem Arbeitgeber dem Tage der Krankheit überwiegend unterhalten hat, so wird daneben ein Hausgeld für die Angehörigen in Höhe von zwei Dritteln des Krankentages gemehrt. § 43 wird dahin abgeändert: Die Krankenbeiträge werden auf jeden Hundertteil des im § 10 festgesetzten Grundlohnes berechnet. Sie betragen:

in Stufe A für jeden Arbeitstag	0,06 M.
1	0,14
2	0,28
3	0,42
4	0,56
5	0,70
6	0,84
7	1,05
8	1,26
9	1,47
10	1,68
11	1,89
12	2,10

Stufe A ist maßgebend für Beiträge aller Art, die ohne Entgelt befristet werden.
Berlin-Weißensee, den 18. Dezember 1920.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee.
Vorstand: H. Grasse, Otto Reule, G. Heuser, G. Friedmann, Otto Schäfer, Karl Thiele, Max Metz, Georg Schrage, Paul Schneider, Genshmitz.
Charlottenburg, den 20. März 1921.
Oberversicherungsamt Berlin.
(L. 5.)
Gez.: Unterschrift.
Gefestigt.
H. R. R. H. 606/20.
Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. April 1921 in Kraft.
Berlin-Weißensee, den 31. März 1921.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee.
Gez.: Grasse, 20. März 1921. 14/15

Metal-Bettstellen
Kinderwagen, Ruhe- und Polsterbetten, sämtliche Reparaturen an Sport- und Kinderwagen werden schnellstens ausgeführt.
Schäfer, Neukölln, Hermannstraße 33
Bitte Hausnummer beachten!

Wirtschaft

Vollversammlung des Reichskohlenrates.

Im Ingenieurbau in der Sommerstraße begann heute vormittag die Tagung des Reichskohlenrates. Auf der Tagesordnung stand u. a. eine Aussprache über die Kohlenlage und Stellungnahme der Reichsregierung.

Ueber die Kohlenlage referierte der Geschäftsführer des Reichskohlenrates, Generaldirektor Künzinger. Nach vor wenigen Monaten waren viele unter uns der Meinung, wir würden noch auf Jahre hinaus mit unferer Kohle eine allerdings durch die schwere Anpothel des Friedensvertrages belastete Binnenwirtschaft treiben können. Heute kann sich niemand der Einsicht verschließen, daß auch bei der Kohle der Weltmarkt überaus schnell den Weg zu uns gefunden hat, daß wir uns auf die weltwirtschaftlichen Verhältnisse einstellen müssen. Die Spa-Konferenz im Juni vorigen Jahres stand noch ganz unter dem Eindruck der europäischen Kohlennot. Nach dem Willen der Alliierten sollte das Wirtschaftsleben in Frankreich, Belgien und Italien mit Hilfe der deutschen Kohlen wieder in Gang gebracht und die hohen Kohlen-Eigenpreise dieser Länder mit Hilfe der deutschen Kohle gesenkt werden.

Die Gründe für die Senkung des Kohlenpreises am Weltmarkt sind ähnlich wie bei den anderen Rohstoffen. Für die heutige Verbrauchsmöglichkeit der Menschen hat die Welt

zu viel Rohstoffe

und demgemäß zu viel Schiffsraum. Diese Entwicklung hat sich bei dem größten Rohstoff- und Kohlenproduzenten, Amerika, zuerst am deutlichsten gezeigt. Die amerikanische Kohlenproduktion, bekanntlich die größte der Welt, die vor dem Kriege an bituminösen Kohlen schon mehr als 500 Millionen Tonnen jährlich betragen hat, ist im Kriege sehr gesteigert worden, die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Gruben soll heute etwa 700 Millionen Tonnen bituminöser Kohlen jährlich betragen. Der Rückgang der Eisen- und Metallindustrie in Amerika steigerte das Ausfuhrbedürfnis und senkte den Kohlenpreis ständig. Die europäischen Länder waren bald überreichlich versorgt, und man hat heute in Frankreich die größte Röhre, die deutschen Kohlen unterzubringen. Frankreich und Belgien müssen sogar wegen des Kohlenüberschlusses in französischen und belgischen Gruben Feierschichten einlegen. In Holland wird deutsche Reparationskohle zu sehr niedrigen Preisen angeboten und England empfindet bitter den Ausfall des französischen Marktes.

Die Erfahrungen mit den Kohlenlieferungen an die Entente haben dem, der sehen will, gezeigt, daß man so, wie es bei der Kohle geschehen ist, das Reparationsproblem überhaupt nicht lösen kann. Wir haben mit den Kohlenlieferungen eine ungeheure Kraftanstrengung vollbracht. Unsere Vertragsgegner haben von dieser ungeheuren Anstrengung Deutschlands nicht entfernt entsprechenden Nutzen gehabt. Bekanntlich ist die Menge der uns auferlegten Kohlenlieferungen auf 2,2 Millionen Tonnen erhöht worden. Bei dem Ueberfluß an Kohle, der drüben herrscht, ist es selbstverständlich, daß der Empfänger jetzt nur noch die für ihn geeigneten Qualitäten verlangt. Die Folgen sind Beschwerden der französischen Regierung über die Qualität der deutschen Kohle.

Im übrigen hat man in den Ländern der Entente und auch in den anderen west- und nordwesteuropäischen Ländern die amtliche Bewirtschaftung der Kohle aufgehoben, man befürchtet also keine ernsthafte Knappheit am Weltmarkt mehr. Bei uns in Deutschland sind wir leider noch nicht so weit. Unsere Steinkohlerzeugung ist zwar in den letzten Monaten, als im Ruhrrevier die Ueberflüsse regelmäßig verfahren wurden, etwa 14 Prozent größer gewesen als im Jahresfrist. Wir sind damit an der Ruhr auf 84 Prozent, in Oberschlesien auf 78 Prozent der Förderung gekommen. Der größte Teil der Ruhrförderung ist aber an die Entente geliefert worden. Durch die Veränderung der Weltkohlenlage hat auch die Einfuhr ausländischer Kohlen in Deutschland eine andere Bedeutung gewonnen als vor kurzem. Unsere Aufzucht ausgabe bleibt jedoch die Delonmiffierung der Brennstoffwirtschaft. Die Veränderung der kohlenwirtschaftlichen Verhältnisse, rollt auch in naher Zukunft das Problem der Kohlensteuer auf. Der Reichstag hat die Kohlensteuer nur für drei Monate verlängert, während der Reichskohlenrat ihre Verlängerung um sechs Monate gefordert hatte.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Ein neuer Metallwarenkonzern. Die Familie Selze hat die „Selze-Konzerngesellschaft“ in Altona errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Metallwaren aller Art aus Eisen, Stahl, Aluminium, Kupfer, Nickel, Neusilber, Tombak, Bronze und dergleichen in Wälzwerken, Draht-, Stangen- und Rohrzugwerken, Gießereien und Schmieden, die Fabrikation von Sprengkapseln, Zündhütchen, Jagd- und Metallpatronen und ähnlichen Erzeugnissen, der Bau von Motoren und Automobilen und die Vornahme aller Geschäfte, welche sich in irgendeiner Weise auf diese und

erwandte Herstellungen beziehen. Das Grundkapital beträgt 16 Millionen Mark. Der Konzern wird gegründet von einer Reihe durch die Familie Selze schon bisher kontrollierten Unternehmungen, deren Anlagen im Werte von 13 Millionen Mark als Einzahlung auf das Aktienkapital übernommen werden, so daß nur eine Million von den Gründern in bar einzuzahlen ist.

Genossenschaftliche Verbindung von Stadt und Land. U ein besseres Verständnis zwischen Stadt und Land, zwischen Produzenten und Verbrauchern durch Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen zu erreichen, ist in Freiburg (Breisgau) eine G. m. b. H. gegründet worden. Gründer sind der Badische Bauernverein e. G. m. b. H., Freiburg (Breisgau), und der Lebensbedarfnis- und Produktionsverein, e. G. m. b. H., Freiburg (Breisgau). Beide Vereinigungen waren sich einig, daß die G. m. b. H. für Erwerbsgesellschaft im gewöhnlichen Sinne werden dürfte, sondern daß ihre Aufgabe darin bestünde, in möglichst einfacher Weise die Vermittlung der vom Bauernverein aufgetragenen Waren an die städtischen Verbraucher zu besorgen. Als Tätigkeitsgebiet kommt zunächst natürlich nur ein engerer Kreis, Baden allein, in Betracht. Die Vermittlung erstreckt sich auf Kartoffeln, Obst, Gemüse, Eier, Honig, Futtermittel für Kleintierzüchter, Düngemittel für Kleingartenbesitzer.

Kfz-Gesellschaft Schloßbrauerei Schöneberg. Die Generalversammlung genehmigte den vorgelegten Jahresabschluss und setzte die Dividende auf 4 Proz. gegen 4 Proz. im Vorjahr fest. Ferner wurde der Fusionsvertrag mit der Lindener Aktienbrauerei norm. Brande u. Meyer, Hannover-Linden, gegen 37 400 Stimmen genehmigt. Die Lindener Aktienbrauerei erhöht zu diesem Zweck ihr Kapital um 2 500 000 M. Die Verschmelzung soll auf der Grundlage der selbständigen Weiterführung der beiden Brauereibetriebe geschehen. Die Gesellschaft verpflichtet sich mit der Fusion eine Stellung ihrer Stellung als Berliner Brauerei gegen die Großkonzern in der Berliner Brauindustrie. Gegen den Beschluß gab ein Union-Protest zu Protokoll.

Tiefster Preisstand der Baumwolle. Der Liverpool-Preis der amerikanischen Baumwolle beträgt nunmehr nicht mehr als 6 Pence pro Pfund. Vor einem Jahr war der Preis 31 Pence, Ende Januar noch 12 Pence. Alte Werte erinnern sich an einen Preis von 2 1/2 Pence für das Pfund. Wenn man aber die Salutarverhältnisse in Betracht zieht, ist der 6-Pence-Preis nicht höher als der frühere Preis von 2 1/2 Pence.

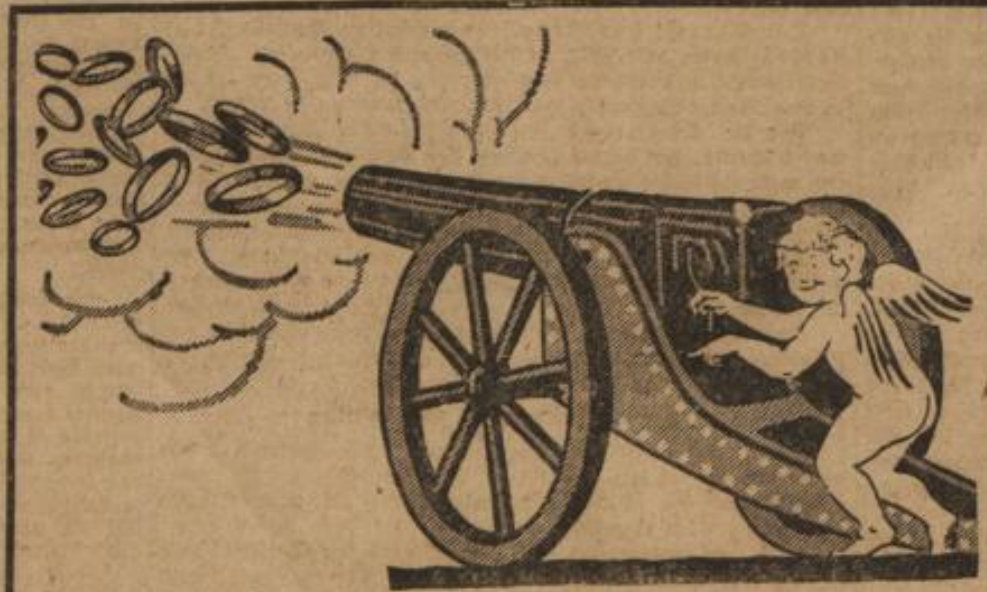
Soziales.

Kirchensteuer und Einkommen.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Wenige Tage vor Ostern ging durch Berliner Tageszeitungen die Nachricht, daß die Kirchensteuern, welche bisher mit 25 Proz. nach dem Einkommen von 1919 erhoben wurden, nun mit 5 Proz. der Einkommensteuer des Jahres 1920 zur Erhebung gelangen sollen. Das wäre für uns eine Erhöhung auf das 3- bis 4fache des früheren Steuerfußes. Ich habe im vorigen Jahre 26,50 M. Kirchensteuer bezahlt. Für 1921 würde sich diese Summe bei 5 Proz. auf 113,30 M. für 1922 auf 150,20 M. erhöhen.

In ähnlicher Weise wird jeder gesteigert, welchem ein Lohn- oder Gehaltsabzug für Steuern gemacht wird. Ist eine Erhöhung in solchem Umfange nötig? Ich bestrafe das. Von einem Einkommen, welches den kirchlichen Körperschaften in B. angehört, erfährt ich, daß dort noch 20 Proz. Kirchensteuern nach dem Einkommen von 1919 erhoben werden, und doch war es möglich, daß zu Weihnachten jedem Geistlichen und jedem Kirchenbeamten ganz besondere Teuerungszulage von 2000 M. und für jedes Kind 500 M. bewilligt werden konnten, und daß man für das nächste Jahr den Geistlichen nicht bloß Grundbesitz-, Teuerungszulage und Ausgleichszulage nach Gruppe XI des Beamtenbelohnungsgegesetzes zahlen wird, sondern außerdem noch eine besondere Teuerungszulage von 6000 M. Mehrliches trifft auch für Berlin und die übrigen westlichen Vororte zu, wobei allerdings zugegeben werden muß, daß die Finanzverhältnisse in Berlin wirklich etwas weniger günstig liegen. Wenn ich in nächsten Jahre doppelt soviel Kirchensteuern bezahle wie bisher, so macht das etwa 3 Proz. an Steuerlast 1920 aus, und das würde zweifellos für mich der ähnliche Belohnungsgruppen eine reichliche Belohnung sein.

Die kirchlichen Körperschaften in Berlin und in den mit Berlin kirchlich vereinigten Vororten dürfen meines Erachtens nicht Kirchensteuerfuß von 3 Proz. unter keinen Umständen hinnehmen. Sie mögen bedenken, daß nicht alle, denen sie jetzt eine Erhöhung der Kirchensteuern zumuten, kirchenfreundlich sind, allzu straff verprakt. zerpflügt der Bogen. H., Danfmann



Brautleute!
Die Preise von Trauringen sind — trotz ebenermäßiger Qualität — derzeit verschieden, das ist Preischwankungen von 60 bis 100 Mark aufwärts. Willen Sie sich dieses nicht unterwerfen, sondern sich der günstigsten und leistungs-fähigsten Quelle bedienen, so gibt es nur eins — zu mir. Als Selbstverwirklichter helfe ich in Qualität u. Preis einzig dastehend

TRAURINGE

1 Trauring (Dukateng) 138 M. | 1 Ring 065 gestempelt. von 75 bis 180 M.
1 1/2-Dukaten-Trauring 240 M. | 1 Ring 035 gestempelt. von 35 bis 100 M.

Garantierschein für gerechtes Goldhalt.

Der gute Ruf meines alten Geschäfts bürgt für Qualität, die Anschaffung des Zwischenhandels für niedrigste Preise.

Juwelier H. Wiese, Artilleriestraße 30
Telephon Norden 1030 — Tele. ramm-Adresse: Hainwiese
Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Infolge Selbstverwertung zu deckbar günstigen Preisen!

Herren- Angug., Valcot, Mifler, Stoffe, engl. „Domejuv“, eleg. „Reubel“ Lage Nr. 50., 100., 150., 200 M. r und für langjähriger Verbindungen mit über 20. der Gabelstangen bürgen für preiswerte gut Qua wech- Gez. 1920. **Tuch-Lager** Was auf **Koch & Seeland** Ort der **Gertraudenstr. 20/21.** bereits

Jeder Eisenbahn- der normierte steht und nach dem Grundlag **Preis** Boden dem **Währungen** sich durch an- schließliche Fachliteratur fortbilden will

lieft zur Bervollkommnung seiner Berufskenntnisse unserer kontinuierliche Fachliteratur

Die Eisenbahnfachschule Antikliches Organ des Verbandes Deutscher Eisenbahnfachschüler und technischer Zeitschrift für alle Eisenbahner. Interessante Artikel, Lehrreiche Abhandlungen Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahnbereich. — Die Entwicklung der Eisenbahnen. — Anordnungen im Eisenbahnbereich. — Eisenbahntechnik mit besonderer Berücksichtigung der Eisenbahntechnik. — Elektrisches Schmelzen in Eisenbahnbetrieben. — Der Zustand des Eisenbahnbereichs. — Die Verwendung von Kollisions- Lokomotiv-Fuhrschiffen. — Der Eisenbahnteil. — Die Telegraphie. — Elektrische Schnellbahnen — und vieles andere mehr. Bezugspreis direkt vom Verlag unter Nr. 1000. Preis 5.— pro Vierteljahr, kann bis auf 1000 Mark 4.— zurückgekauft werden. Bestellungen an den Verleger, 1000 Mark 4.— zurückgekauft werden. Bestellungen an den Verleger, 1000 Mark 4.— zurückgekauft werden. Bestellungen an den Verleger, 1000 Mark 4.— zurückgekauft werden.

Verlag A. Wesemann, Berlin SW., Köpenickerstr. 100.
Tel. Rietstr. 4015, Haken Berlin 10478, Franz Strauß